

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuss)**

- 1. a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 14/347, 14/348 (Materialband) –**

**Agrarbericht 1999
Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung**

- 1. b) zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/1155 –**

- c) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Kersten Naumann
und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/1156 –**

- d) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ulrich Heinrich,
Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1157 –**

- e) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Matthias Weisheit,
Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Christel Deichmann, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/1158 –**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 14/347 und 14/348 (Materialband) –**

**Agrarbericht 1999
Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung**

- 2. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 13/9823, 13/9824 (Materialband), 14/272 Nr. 100 –**

**Agrarbericht 1998
Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung**

A. Problem

Zu den Nummern 1a bis 1 e

Die Bundesregierung legt gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes jährlich bis zum 15. Februar einen Rechenschaftsbericht über die Situation der Landwirtschaft vor.

Im Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 wird dazu u. a. festgestellt, dass sich im Wirtschaftsjahr 1997/98 wie in den vergangenen Jahren die Einkommen der verschiedenen Bereiche in der deutschen Landwirtschaft sehr unterschiedlich entwickelt haben. Die schwierige Lage der Forstbetriebe habe sich auf Grund höherer Holzpreise sowie eines erfolgreichen Kostenmanagements etwas verbessert. Neben den Marktereignissen werde sich auch besonders die Haushalts- und Steuerpolitik der Bundesregierung auf alle landwirtschaftlichen Betriebe einkommensmindernd auswirken. Insgesamt führten die Beschlüsse zum Agrarteil der Agenda 2000 zu verstärkten Einkommensverlusten der deutschen Landwirte, zu einer höheren Abhängigkeit von direkten Beihilfen, einer vermehrten Bürokratie und größeren Belastungen des deutschen Haushalts.

Die Bundesregierung wurde zu einer Reihe von Maßnahmen aufgefordert, um u. a. die negativen Auswirkungen der steuerlichen Änderungen auf die Land- und Forstwirtschaft umgehend zu korrigieren, bei der nationalen Umsetzung der Beschlüsse zur Agenda 2000 jede weitere Bürokratie und sonstige Belastungen der Landwirtschaft zu vermeiden und bei den anstehenden WTO-Verhandlungen keine über die Beschlüsse zur Agenda 2000 hinausgehenden Zugeständnisse zu Lasten der europäischen Landwirtschaft zu machen sowie für einen angemessenen Außenschutz einzutreten, um damit die hohen europäischen Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherstandards abzusichern.

Die Fraktion der PDS stellt in ihrem Entschließungsantrag auf Drucksache 14/1156 u. a. fest, dass die Bundesregierung ein weiteres Mal ihren gesetzlichen Auftrag aus dem Landwirtschaftsgesetz nicht erfüllt habe, um den Landwirten ein vergleichbares Einkommen zu ermöglichen. In fast der Hälfte der Betriebe habe sich das Eigenkapital verringert, so dass die Substanz der Betriebe aufgezehrt worden sei. Für das Wirtschaftsjahr 1998/99 werde ein Gewinnrückgang von 2 bis 6 % prognostiziert. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, habe die Bundesregierung keine Maßnahmen unternommen. Dagegen würden durch die Steuerreform und mit der Einführung der Ökosteuer neue Belastungen auf die Landwirtschaft zukommen.

Die Bundesregierung wurde u. a. aufgefordert, das agrarpolitische Konzept zu überarbeiten und an dem gesetzlichen Auftrag zu orientieren, sowohl den in der Landwirtschaft Arbeitenden als auch den ausscheidenden arbeitsfähigen Beschäftigten ein vergleichbares Einkommen zu ermöglichen und die dafür notwendigen Arbeitsplätze möglichst im ländlichen Raum zu schaffen. Des Weiteren wurde gefordert, bei den WTO-Verhandlungen die gleichberechtigte Entwicklung der Landwirtschaft in allen Ländern über die Konkurrenz um Marktanteile zu stellen. Darüber hinaus wurde die Forderung zur Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes vorgetragen sowie eine Qualifizierung des Agrarberichtes gefordert, um künftig einen differenzierteren Rechenschaftsbericht zu erreichen.

Von Seiten der Fraktion der F.D.P. wird im Entschließungsantrag auf Drucksache 14/1157 u. a. festgestellt, dass die Landwirtschaft wesentliche Aufgaben in unserer Gesellschaft erfülle, die nur durch eine unternehmerische und am Markt ausgerichtete Landwirtschaft auf Dauer erbracht werden kann. Die Bundesregierung jedoch gefährde durch ihre Agrarpolitik die gesamtgesellschaftlichen Leistungen in diesem Bereich und setze falsche Rahmenbedingungen. Das Verhandlungsergebnis zur Agenda 2000 habe neben den Belastungen aus nationalen Regelungen auch zu zusätzlichen Einkommensverlusten geführt.

Die Bundesregierung werde daher u. a. aufgefordert, der deutschen Land- und Forstwirtschaft sowie dem Gartenbau keine weiteren Belastungen zuzumuten. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, dem Bund und den Ländern müssten alle Anstrengungen zur Förderung der Wachstumschancen im ländlichen Raum unternommen werden; dazu biete sich die zweite Säule der Agenda 2000 besonders an. Sie eröffne die Grundlage für eine zukunftsorientierte, integrierte Förderung des ländlichen Raumes, die die multifunktionale Rolle der Land- und Forstwirtschaft in den Mittelpunkt der ländlichen Entwicklung stelle. Aktivitäten wie z. B. die Förderung des Tourismus und Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaften müssten ebenso integriert werden. Die Bundesregierung wurde darüber hinaus aufgefordert, die Rahmenbedingungen zukünftig so zu gestalten, dass Landwirte ihre wesentlichen Einkommensanteile am Markt und nicht über Einkommenstransfers erzielen können.

Im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/1158 wird zum Agrarbericht 1999 u. a. festgestellt, dass die Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe sich im Wirtschaftsjahr 1997/98 von einem niedrigen Niveau ausgehend leicht angestiegen seien, jedoch für das Wirtschaftsjahr 1998/99 ein Rückgang um 2 bis 6 % sich abzeichne. Erhebliche Unterschiede zwischen den Betriebsformen und den Betriebsgrößenklassen seien wie bereits in den vergangenen Jahren feststellbar.

Die Bundesregierung habe mit ihrer Agrarpolitik in vielen Bereichen neue Akzente gesetzt und während ihrer EU-Präsidentschaft mit den Beschlüssen der EU-Staats- und Regierungschefs vom März 1999 wesentliche Grundlagen für die zukünftige gemeinsame Agrarpolitik geschaffen. Die Beschlüsse hätten darüber hinaus die Position der EU bei den bevorstehenden WTO-Verhandlungen verbessert und erleichterten die Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Die Bundesregierung wurde in dem Antrag aufgefordert, den mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der Agenda 2000 bereits beschrittenen Weg weiterzuführen und die Rahmenbedingungen für eine international wettbewerbsfähige, umweltverträgliche und tierschutzgerechte Landbewirtschaftung, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert und weitestgehend flächendeckend erfolgt, in Deutschland und der EU weiter zu verbessern. Darüber hinaus wurde gefordert, die Förderung der ländlichen Entwicklung zu verstärken bzw. zielgerichteter auszugestalten, bei den anstehenden WTO-Verhandlungen und im Hinblick auf die EU-Osterweiterung die Absicherung der bereits in der EU erreichten ökologischen sozialen und hygienischen Standards abzusichern, die unterschiedlichen Strukturen in Ost und West, Nord und Süd auch weiterhin in der

Agrarpolitik zu berücksichtigen, sich auf europäischer Ebene für eine Verbesserung des Verbraucher- und Umweltschutzes einzusetzen, eine Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz zu unterstützen sowie alsbald unter Berücksichtigung des Vorschlags des Bundesrechnungshofes ein Konzept für die zukunftsweisende Neugestaltung der Organisationen der landwirtschaftlichen Sozialversicherung vorzulegen.

Zu Nummer 2

Der Rechenschaftsbericht der Bundesregierung über die Situation der Landwirtschaft wurde 1998 für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 1996/97 termingerecht vorgelegt, konnte jedoch wegen des Ablaufs der Legislaturperiode in 1998 nicht mehr parlamentarisch behandelt werden.

B. Lösung

Zu Nummer 1a

Der Agrarbericht 1999 wurde einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Zu Nummer 1b

Ablehnung im Ausschuss.

Zu Nummer 1c

Ablehnung im Ausschuss.

Zu Nummer 1d

Ablehnung im Ausschuss.

Zu Nummer 1e

Annahme im Ausschuss.

Die Beschlüsse wurden mit Mehrheit gefasst

Zu Nummer 2

Der Agrarbericht 1998 wurde einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Agrarbericht 1999 – Drucksachen 14/347 und 14/348 – zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Entschließungsantrag – Drucksache 14/1155 – abzulehnen,
3. den Entschließungsantrag – Drucksache 14/1156 – abzulehnen,
4. den Entschließungsantrag – Drucksache 14/1157 – abzulehnen,
5. den Entschließungsantrag – Drucksache 14/1158 – unverändert anzunehmen und
6. den Agrarbericht 1998 – Drucksachen 13/9823 und 13/9824 – zur Kenntnis zu nehmen.

Berlin, den 23. Juni 1999

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Peter Bleser
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Bleser

I. Beratungsgang

Zu Nummer 1 Buchstabe a bis e

Bei der Beratung des Deutschen Bundestages in seiner 45. Sitzung am 17. Juni 1999 zum Agrarbericht 1999 der Bundesregierung - Drucksachen 14/347 und 14/348 - haben die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 14/1158 -, die Fraktion der CDU/CSU - Drucksache 14/1155 -, die Fraktion der F.D.P. - Drucksache 14/1157 - sowie die Fraktion der PDS - Drucksache 14/1156 - Entschließungsanträge eingebracht, die in derselben Sitzung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und mitberatend dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, dem Ausschuss für Tourismus und dem Haushaltsausschuss überwiesen worden sind.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlagen in seiner 22. Sitzung am 23. Juni 1999 behandelt und dem federführenden Ausschuss empfohlen, den Agrarbericht 1999 auf den Drucksachen 14/347 und 14/348 zur Kenntnis zu nehmen. In gleicher Sitzung hat der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/1158 empfohlen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt. Ebenso wurde der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1157 mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1156 wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlagen in seiner 13. Sitzung am 23. Juni 1999 beraten und dem federführenden Ausschuss einstimmig Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf den Drucksachen 14/347 und 14/348 empfohlen. Weiterhin hat der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Annahme des Entschließungsantrages der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/1158 mit den Stimmen der Koalitions-

fraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS empfohlen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurde der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1157 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. Abgelehnt wurde auch der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1156 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlagen ebenfalls in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 beraten und dem federführenden Ausschuss die Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf den Drucksachen 14/347 und 14/348 empfohlen. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/1158 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1157 wurde ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1156 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 behandelt und dem federführenden Ausschuss empfohlen, den Agrarbericht 1999 auf den Drucksachen 14/347 und 14/348 in Ansehung der eingebrachten Entschließungsanträge zum Agrarbericht 1999 auf den Drucksachen 14/1155, 14/1156, 14/1157 und 14/1158 zur Kenntnis zu nehmen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 18. Sitzung am 23. Juni 1999 die Vorlagen behandelt und dem federführenden Ausschuss empfohlen, den Agrarbericht 1999 auf den Drucksachen 14/347 und 14/348 zur Kenntnis zu nehmen. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/1158 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 wurde mit den Stimmen der Frak-

tion der SPD und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. ebenfalls abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1157 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt. Ebenso wurde der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1156 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS abgelehnt. Die Abstimmungen im Ausschuss für Tourismus erfolgten bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 17. März 1999 dem federführenden Ausschuss einvernehmlich empfohlen, den Agrarbericht 1999 auf den Drucksachen 14/347 und 14/348 zur Kenntnis zu nehmen. Dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/1158 hat der Haushaltsausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, der Fraktion der F.D.P. und der Fraktion der PDS zugestimmt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurde der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1157 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. Abgelehnt wurde auch der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1156 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 30. Sitzung am 29. September 1999 den Agrarbericht der Bundesregierung auf den Drucksachen 14/347 und 14/348 einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/1158 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1156 wurde von der Fraktion der PDS zurückgezogen. Über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1157 wurde nicht abgestimmt, da kein Mitglied der Fraktion der F.D.P. anwesend war. Alle Abstimmungen fanden bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. statt.

Zu Nummer 2

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung, Agrarbericht 1998 – Drucksachen 13/9823 und 13/9824 – wurde durch den Deutschen Bundestag in seiner 16. Sitzung am 21. Januar 1999 mit Überweisungs-Drucksache

14/272 Nr. 100 dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 22. Sitzung am 23. Juni 1999 die Vorlagen behandelt und dem federführenden Ausschuss Kenntnisnahme empfohlen. Ebenso votiert haben der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 13. Sitzung am 23. Juni 1999, der **Ausschuss für Gesundheit** in seiner 10. Sitzung am 24. März 1999, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner Sitzung am 23. Juni 1999, der **Ausschuss für Tourismus** in seiner 8. Sitzung am 3. März 1999 sowie der **Haushaltsausschuss** in seiner Sitzung am 17. März 1999.

Der **federführende Ausschuss** hat die Vorlagen in seiner 19. Sitzung am 23. Juni 1999 beraten.

II. Inhalt der Vorlagen

Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/1158

Danach soll u. a. anerkannt werden, dass

- die neue Bundesregierung wieder Bewegung in die Agrarpolitik gebracht hat,
- eine Verbesserung der Position der EU bei den bevorstehenden WTO-Verhandlungen durch die Beschlüsse der EU-Staats- und -Regierungschefs vom März 1999 während der EU-Präsidentschaft der Bundesregierung eingetreten ist,
- neue Akzente in den Bereichen Verbraucher- und Umweltschutz, ökologischer Landbau und damit verbundener verstärkter Absatz- und Vermarktungsförderung für ökologisch erzeugte Produkte gesetzt wurden und die Ausgaben der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ stabil geblieben sind,
- in der Fischereipolitik die Bemühungen um den Wiederaufbau und die Erhaltung der Fischbestände fortgesetzt sowie
- durch die Absenkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung auch die Beiträge zur Alterssicherung der Landwirte vermindert wurden.

Weiterhin soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, dass

- den mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der Agenda 2000 bereits beschrittene Weg weitergeführt werde,
- die Aufgaben der Land- und Forstwirtschaft wie beispielsweise Erzeugung von Qualitätsprodukten, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege und Erhalt der Kulturlandschaft weiter erfüllt werden,

- die Förderung der ländlichen Entwicklung gestärkt und zielgerichteter ausgestaltet werde,
- bei den anstehenden WTO-Verhandlungen und im Hinblick auf die EU-Osterweiterung sie sich mit Nachdruck für die in der EU bestehenden ökologischen, sozialen und hygienischen Standards einsetze,
- auf europäischer Ebene eine Verbesserung des Verbraucher- und Umweltschutzes sowie
- eine Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz und eine Verbesserung der Haltungsbedingungen in der Nutztierhaltung erfolge.

Im Übrigen unterstützen die Koalitionsfraktionen mit ihrem Entschließungsantrag die von der Bundesregierung gesetzten neuen Akzente in der Agrarpolitik.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU
auf Drucksache 14/1155

Darin wird u. a. festgestellt, dass

- im Wirtschaftsjahr 1997/98 wie in den vergangenen Jahren die Einkommen der verschiedenen Bereiche in der deutschen Landwirtschaft sich sehr unterschiedlich entwickelt haben,
- Einkommensverluste in der Landwirtschaft u. a. wegen starker Preisrückgänge bei Schweinefleisch und durch die ständig verschlechternden Milchzahlungspreise eingetreten sind,
- die Betriebe mit Sonderkulturen wie Weinbau dagegen ihre Gewinne steigern konnten und sich die schwierige Lage der Forstbetriebe auf Grund höherer Holzpreise sowie eines erfolgreichen Kostenmanagements im Forstwirtschaftsjahr 1997 etwas verbessert hat,
- neben den aktuellen Marktereignissen sich auch besonders die Haushalts- und Steuerpolitik der Bundesregierung und die Einführung der Ökosteuer auf alle landwirtschaftlichen Betriebe einkommensmindernd auswirken wird, wobei die willkürliche Absenkung der Vorsteuerpauschale für die Land- und Forstwirtschaft zu jährlichen Belastungen in Höhe von 400 Mio. DM führt und die Streichung und Absenkung landwirtschaftlicher Freibeträge zu einer Mehrbelastung von 350 Mio. DM pro Jahr führt,
- die Beschlüsse zum Agrarteil zur Agenda 2000 darüber hinaus die Bereiche für Ackerkulturen, für Milch und Rindfleisch bei nur teilweisem Einkommensausgleich belasten und zu einer höheren Abhängigkeit von direkten Beihilfen, einer vermehrten Bürokratie und größeren Belastungen des deutschen Haushalts führen.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert,

- die negativen Auswirkungen der steuerlichen Änderungen auf die Land- und Forstwirtschaft umgehend zu korrigieren,
- bei der Ökosteuer entweder eine wirkliche Gleichstellung mit den anderen Gewerben herzustellen oder die Einnahmen aus der Landwirtschaft als Gegenleistung dem landwirtschaftlichen Sozialversicherungs-

system zur Abfederung des sozialen Strukturwandels zukommen zu lassen,

- alle Maßnahmen zur Destabilisierung des landwirtschaftlichen sozialen Versicherungssystems zu unterlassen und statt dessen dessen Fortbestand zu gewährleisten,
- durch gezielte Investitionen die Erfassung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten aus Sonderkulturen den Erfordernissen des Handels anzupassen,
- bei der nationalen Umsetzung der Beschlüsse zur Agenda 2000 jede weitere Bürokratie und sonstige Belastung der Landwirtschaft zu vermeiden,
- mit einer rechtssicheren Ausgestaltung der Milchgarantiemengen-Verordnung die Position des aktiven Milcherzeugers zu stärken,
- den verstärkten Einsatz nachwachsender Rohstoffe nachhaltig zu fördern,
- für sichere Rahmenbedingungen zu Gunsten einer wettbewerbsfähigen Fischerei und für eine verlässliche Zukunft der Fischwirtschaft durch nachhaltige Nutzung der Ressourcen und den langfristigen Erhalt der Fischbestände einzutreten,
- eine praxisgerechte Lösung für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im integrierten Obst- und Gemüseanbau anzustreben,
- bei den anstehenden WTO-Verhandlungen keine über die Beschlüsse zur Agenda 2000 hinausgehenden Zugeständnisse zu Lasten der europäischen Landwirtschaft zu machen, für einen angemessenen Außenschutz einzutreten und damit die hohen europäischen Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherstandards abzusichern, um diese auch auf europäischer Ebene mit entsprechenden begleitenden Kontrollmaßnahmen weiter zu verbessern.

Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P.
auf Drucksache 14/1157

Darin wird u. a. festgestellt, dass

- die heimische Landwirtschaft wesentliche Aufgaben in unserer Gesellschaft erfüllt und gesunde, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel produziert, die Kulturlandschaft sichert und den ländlichen Raum erhält,
- das Verhandlungsergebnis der Bundesregierung zur Agenda 2000 neben den Belastungen aus nationalen Regelungen noch zu zusätzlichen Einkommensverlusten führt,
- die EU-Beschlüsse unter deutscher Ratspräsidentschaft nicht ausreichend im Hinblick auf die nächste WTO-Runde und völlig unzureichend für die EU-Osterweiterung sind,
- die Bundesregierung zusätzlich die deutsche Land- und Forstwirtschaft und den Gartenbau durch eine falsche nationale Gesetzgebung wie beispielsweise das sog. Steuerentlastungsgesetz, die sog. Ökosteuer, die Regelung zum Abbau der sog. Scheinselbständigkeit, eine unausgelegene Reform der 630-DM-Jobs und durch die Haushaltskürzungen 1999 belastet,

- die im Naturschutz erforderliche Kooperation mit den Land- und Forstwirten offensichtlich durch Konfrontation ersetzt worden ist und
- die Rahmenbedingungen für die Gen- und Biotechnologie auf Grund einer innovationsfeindlichen Politik der Bundesregierung verschlechtert worden sind.

Dementsprechend wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert,

- der deutschen Land- und Forstwirtschaft sowie dem Gartenbau keine weiteren Belastungen zuzumuten,
- bei der EU dafür zu sorgen, dass die Überschüsse bei Milch und Rindfleisch zurückgeführt werden, um die heimischen Märkte und Haushalte zu entlasten und um die WTO-Verhandlungen nicht zusätzlich zu belasten,
- die Rahmenbedingungen für die unternehmerischen Kräfte in der Land- und Forstwirtschaft zukünftig so zu gestalten, dass Landwirte ihre wesentlichen Einkommensanteile am Markt und nicht über Einkommenstransfers erzielen können,
- bei der nationalen Ausgestaltung der Milchmengenregelung Klarheit zu schaffen, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Milcherzeuger zu beseitigen,
- die steuergesetzlichen Regelungen sowie die Regelungen zur Bekämpfung der sog. Scheinselbständigkeit und die Reform der 630-DM-Jobs unverzüglich zurückzunehmen,
- auf die Länder einzuwirken, damit diese bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie zu einer abgewogenen und umfassenden Betrachtungsweise zurückfinden, so dass die Umsetzung der Richtlinie nicht einseitig zu Lasten der Land- und Forstwirte, der Kommunen und der Entwicklung der ländlichen Räume gehe,
- die Pflanzenschutzpolitik nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und nicht an ideologischen Maßstäben auszurichten,
- auf europäischer und nationaler Ebene Rahmenbedingungen für die Gen- und Biotechnologie zu erarbeiten und auszubauen, damit Deutschland nicht den Anschluß an die internationale Entwicklung bei diesen Zukunftstechnologien verliere.

Entschließungsantrag der Fraktion der PDS
auf Drucksache 14/1156

Er enthält u. a. die Feststellungen, dass

- die Bundesregierung ein weiteres Mal ihren gesetzlichen Auftrag aus dem Landwirtschaftsgesetz nicht erfüllt hat, um den Landwirten zu ermöglichen, ein vergleichbares Einkommen zu erzielen,
- die Bundesregierung mit ihrer Liberalisierungspolitik einen weiteren ruinösen Konkurrenzkampf und Verdrängungswettbewerb unterstützt; während die Preise für Nahrungsgüter seit 1991 auf 109 % und für die Betriebsmittel auf 107 % gestiegen seien, seien die Erzeugerpreise auf 92 % gefallen,
- die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung in der Landwirtschaft weiter rückläufig ist, gleichzeitig je-

doch im Agrarhaushalt 1999 die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe gekürzt und für die kommenden Jahre weiter gesenkt werden sollen.

Daher wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert,

- das im Agrarbericht dargelegte agrarpolitische Konzept zu überarbeiten und sich an dem gesetzlichen Auftrag zu orientieren, um sowohl den in der Landwirtschaft Arbeitenden als auch den ausscheidenden arbeitsfähigen Beschäftigten ein vergleichbares Einkommen zu ermöglichen und die dafür notwendigen Arbeitsplätze möglichst im ländlichen Raum zu schaffen,
- bei den WTO-Verhandlungen die gleichberechtigte Entwicklung der Landwirtschaft in allen Ländern über die Konkurrenz um Marktanteile zu stellen und die planmäßige internationale Arbeitsteilung mit der selbständigen, eigenverantwortlichen regionalen Entwicklung zu verbinden,
- die begrenzt vorhandenen Mittel vorrangig für die Verbesserungen der Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen einzusetzen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verwenden,
- die Ökologisierung der Landwirtschaft nicht zu gefährden und durch die Bereitstellung entsprechender Mittel in den Agrarhaushalten die Möglichkeit für eine zukunftsorientierte Agrarpolitik entstehen zu lassen,
- die Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes in Angriff zu nehmen, um mit den zukünftigen Agrarberichten differenzierter Rechenschaft wie beispielsweise die Entwicklung der Landwirtschaft in Ost- und Westdeutschland, die Entwicklung der Eigentumsformen, der Betriebsgrößen und -strukturen und die Vergleichbarkeit der Daten über einen längeren Zeitraum ablegen zu können.

III. Beratung im 10. Ausschuss

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde erklärt, dass es jetzt darum gehe, den mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Rahmen der Agenda 2000 beschrittenen Weg weiterzuführen und die Rahmenbedingungen für eine internationale, umweltverträgliche und tierschutzgerechte Landbewirtschaftung zu verbessern. Deshalb müssten jetzt insbesondere die durch die Agenda-Beschlüsse geschaffenen Instrumente konsequent eingesetzt werden.

Ein Schwerpunktziel hierbei sei insbesondere die Stärkung der Position der aktiven Milcherzeuger, wozu die fakultative Aufhebung der Flächenbindung genutzt werden müsse. Hierzu bereite die Bundesregierung einen Verordnungsentwurf zur inneren Ausgestaltung der künftigen Milchgarantiemengenregelung vor. Weiterhin müssten die im Rahmen der horizontalen Verordnung geschaffenen Möglichkeiten im Hinblick auf eine wettbewerbsfähige umweltverträgliche Landwirtschaft genutzt werden.

Im Übrigen mache der Agrarbericht 1999 deutlich, dass die Bundesregierung bereits eine Reihe notwendiger

Maßnahmen eingeleitet habe. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes seien zumindest stabil gehalten worden, im Agrarrat sei die Hennenhaltungsverordnung verabschiedet worden. Auch hätten die Landwirte von der Absenkung der Beiträge zur Rentenversicherung profitiert.

Zurückgewiesen wurde der Vorwurf aus den Reihen der Opposition, die Unentschlossenheit der Bundesregierung habe bei den Milchbauern große Unsicherheit über die zukünftige Milchpolitik ausgelöst. Zum einen sei die Milchquote während der Regierungszeit der früheren Bundesregierung eingeführt worden, zum anderen seien die Agenda-Beschlüsse erst drei Monate alt; in dieser Zeit könne man eine solide Neuregelung nicht erwarten. Unterstrichen wurde, dass es keine Alternative zu einer gewinnorientierten Agrarpolitik gebe.

Von der Fraktion der CDU/CSU wurde hervorgehoben, dass die Landwirtschaft mittelfristig mit Einkommensverlusten in Höhe von ca. einem Drittel ihrer bisherigen Gewinne rechnen müsse. Diese Entwicklung stehe im Widerspruch zu den wiederholten Erklärungen der Bundesregierung, die Agrarpolitik stärker am Markt zu orientieren. Auf Grund der Belastungen insbesondere infolge der steuerpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung, der Beschlüsse zur Agenda 2000 und der zu erwartenden Umsetzungsbeschlüsse sei eine gewinnorientierte Agrarpolitik mit entsprechenden Rahmenbedingungen unerlässlich.

Die vorgesehenen Änderungen im Steuerrecht seien daher auf Grund ihrer negativen Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft umgehend zu korrigieren, der Fortbestand des landwirtschaftlichen sozialen Versicherungssystems zu gewährleisten und die Position der aktiven Milcherzeuger mit einer rechtssicheren Ausgestaltung der Milchgarantiemengenverordnung zu stärken. Diese bräuchten endlich Planungssicherheit. Jede weitere Bürokratie und sonstige Belastung der Landwirtschaft sei bei der nationalen Umsetzung der Beschlüsse zur Agenda 2000 zu vermeiden. Zusätzliche über die sog. gute fachliche Praxis hinausgehende Umweltauflagen seien der Landwirtschaft daher nicht zuzumuten.

Seitens der Fraktion der F.D.P. wurde darüber hinaus gefordert, endlich einen geordneten Ausstieg aus den Marktordnungen einzuleiten. Dies sei überfällig, da der

mit den Beschlüssen zur Agenda 2000 eingeschlagene Weg zu erheblichen Einschränkungen ausschließlich zu Lasten der Landwirtschaft führe. Zu diesem Ausstieg gehöre auch ein entsprechender Außenschutz, dem Dreh- und Angelpunkt einer eigenständigen europäischen Agrarpolitik.

Von der Fraktion der PDS wurde kritisiert, dass der Agrarbericht entgegen der Bewertung durch die Bundesregierung eine negative Entwicklung verzeichne. Nettowertschöpfung, Eigenkapital, Beschäftigung und Erzeugerpreise seien gesunken, die Preise für Betriebsmittel und Nahrungsgüter dagegen gestiegen. Für die Zukunft werde ein Gewinnrückgang vorausgesagt. Damit habe die Bundesregierung ihren gesetzlichen Auftrag, der Landwirtschaft die Erzielung eines vergleichbaren Einkommens zu ermöglichen, wieder nicht erfüllt.

Der Ausschuss empfahl mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS, den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/1158 anzunehmen.

Zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1155 hat der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltungen der Fraktionen der F.D.P. und PDS die Ablehnung empfohlen.

Zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1157 hat der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/1156 hat der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimme der antragstellenden Fraktion der PDS die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der Ausschuss empfahl, den Agrarbericht 1999 – Drucksachen 14/347 und 14/348 – sowie den noch von der alten Bundesregierung vorgelegten Agrarbericht 1998 – Drucksachen 13/9823 und 13/9824 – zur Kenntnis zu nehmen.

Berlin, den 29. September 1999

Peter Bleser
Berichtersteller

